



Wir schlagen ein neues Kapitel auf

Der Augsburger Bundesparteitag war ein echtes Aufbruchssignal. „Gemeinsam schlagen wir ein neues Kapitel auf“, so Martin Schirdewan, Ko-Vorsitzender der Partei.

Der Europaparteitag stand unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit. Zeit für Haltung. **#nurmitlinks**“. Der frisch gewählte Spitzenkandidat für die Europawahl und Parteivorsitzende Martin Schirdewan zeigte in Augsburg Haltung: „Wenn alle anderen Parteien nach rechts marschieren, dann bleiben wir links. Soziale Gerechtigkeit, Klimagerechtigkeit, konsequente Friedenspolitik und klare Kante gegen rechts gehören zur DNA der Linken“.

Der Europaparteitag verabschiedete am Sonnabend mit großer Mehrheit das Wahlprogramm zur Europawahl.

Die Stoßrichtung des Programms ist klar: „Wir kämpfen für eine **Übergewinnsteuer** auf die Krisengewinne der Konzerne, höhere **Steuern für Superreiche** und eine **Vermögensabgabe für Milliardäre**. Es gibt kein Recht auf Profit. Aber es gibt ein **Recht auf Wohnen, auf Nahrung und auf Energie**“, so Schirdewan. Die Delegierten beschlossen zudem eine Erhöhung des gesetzlichen **Mindestlohns auf 15 Euro** pro Stunde. Außerdem fordert die Linke die **Abschaffung der Schuldenbremse** im Grundgesetz. Ein entsprechender Antrag wurde in Augsburg mit überwältigender Mehrheit angenommen.

„Wir wollen unsere Partei stärken und weiterentwickeln. Lasst uns den Blick nach vorn richten“, so Schirdewan. Dazu gehört auch eine neue Mitgliederkampagne „Eine Linke für alle“, die Menschen aus Sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zusammen mit der LINKEN entwickelt haben, um alle einzuladen,

die Rechtsruck und Sozialabbau etwas entgegengesetzen wollen. Das Kampagnenvideo sahen allein über die Plattform X bereits mehr als 300 000 Menschen.

Ein neuer Look: Das neue Logo und das neue Corporate Design der Linken, das auf dem Parteitag präsentiert wurde, unterstreicht die Erneuerung. Das neue Logo strahlt nun in einem kräftigen Rot. „Damit wollen wir ein Zeichen setzen. Unser neues Erscheinungsbild ist eine Weichenstellung für die Europawahl, die Kommunalwahlen und die drei Wahlen in Ostdeutschland“, erklärt Schirdewan.

Vor allem aber die Nominierung der Spitzenkandidatin Carola Rackete und des Sozialmediziners Gerhard Trabert machen deutlich, dass DIE LINKE den Neustart wagt. Die Bundesvertreter*innenversammlung der Linken wählte die Klimaaktivistin Rackete am Sonnabend mit mehr als 77 Prozent auf Platz 2. Der Parteivorsitzende Martin Schirdewan wurde zuvor mit fast 87 Prozent auf Listenplatz 1 gewählt. Auf den Plätzen 3 und 4 folgen Özlem Alev Demirel-Böhlike (62,0%) und der Sozialmediziner Gerhard Trabert (96,8%).

„Der Augsburger Parteitag ist der Startschuss für die Erneuerung der Linken“, so das Fazit von Janine Wissler. „Die Konflikte in den letzten Jahren haben uns zunehmend gelähmt und waren nicht mehr aufzulösen. Umso wichtiger, dass der Parteitag nun deutlich gezeigt hat, wie lebendig, wie kämpferisch und entschlossen die Genossinnen und Genossen sind, für unsere Ziele zu kämpfen und mit uns weiterzugehen.“

Haushaltschaos

Die Inkompetenz der Ampel wird zur Gefahr für die Lausitz und die deutsche Wirtschaft



„Mit ihrer haushaltspolitischen Trickserie und dem verfassungswidrigen Verschieben von Ausgaben in Sondervermögen außerhalb des Kernhaushaltes, steht die Regierung jetzt vor einem politischen Scherbenhaufen“; findet Christian Görke, finanzpolitischer Sprecher der Bundes-

tags- fraktion DIE LINKE. (Foto) „Der finanzpolitische Voodoo-Zauber von Habeck, Lindner und Scholz muss sofort beendet werden.“

Görke mahnt eine Rückkehr zur Haushaltswahrheit, eine schnelle Entscheidung zur Reform der Schuldenbremse, die Zukunftsinvestitionen ermöglicht, und eine Reichensteuer für Multimillionäre und Milliardäre, damit nicht wieder die Normalverdiener zahlen müssen. an. Wir fragen ihn:

Warum hat das Bundesverfassungsgericht so entschieden?

Görke: Es geht um das Prinzip der Jährlichkeit und des Verwendungszwecks. Die Kredite, um die es geht wurden aufgenommen, als die Schuldenbremse während der Corona Zeit und den damit verbundenen großen Herausforderungen ausgesetzt. Das funktioniert, indem die Regierung eine Notlage erklärt. Diese Kredite wurden nicht aufgebraucht und sozusagen auf „Vorrat“ in Fonds geparkt und sollten jetzt für z.B. das Heizungsgesetz oder die Chip-Fabrik in Magdeburg genutzt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat nun entscheiden, dass dieses Vorgehen rechtswidrig ist.

Was ist in Brandenburg und der Lausitz betroffen?

Görke: Es sind alle Verpflichtungsermächtigungen gesperrt. Eine Verpflichtungsermächtigung gibt einer Verwaltung die Möglichkeit, bereits für künftige Jahre Zahlungsverpflichtungen einzugehen, etwa bei mehrjährigen Vorhaben. Darunter fallen logischerweise auch Strukturmittel für die Lausitz, aber auch zum Beispiel für die PCK Schwedt. Aber auch für den Landeshaushalt hat das Urteil Folgen. Denn ein vergleichbarer Trick wurde auch von der Landesregierung angewandt.

Was muss jetzt passieren?

Görke: Kurzfristig muss die Regierung wieder eine Notlage erklären und die Schuldenbremse aussetzen. Nur so können die akuten Löcher gestopft und die von der FDP und der Union schon herbeigeredeten Kürzungen im Sozialbereich verhindert werden. Mittelfristig sollten jetzt alle erkannt haben, dass die Schuldenbremse eine Investitionsbremse ist. Das Mindeste ist eine Reform, die Zukunftsinvestitionen innerhalb der Schuldenbremse zulässt. DIE LINKE ist für eine komplette Abschaffung der Schuldenbremse. Das ist aber leider unrealistisch, weil sie ins Grundgesetz geschrieben wurde und somit nur mit einer 2/3 Mehrheit abzuschaffen ist.

Wir haben schon bei der Einführung der Schuldenbremse gewarnt. Es lohnt sich die damalige Rede unseres heutigen Ministerpräsidenten von Thüringen Bodo Ramelow nochmal anzuhören (QR-Code)

Danke.



Gregor kommt!

Liebe Genossinnen und Genossen, wie Ihr alle wisst, wird unsere Fraktion in Bundestag ab 6.12.2023 ihren Status verlieren. Voraussichtlich werden wir in Zukunft als Gruppe agieren müssen. Über die Arbeit in der verbleibenden Zeit der Legislatur und die Entwicklung der Partei reden wir am 8. Januar 2024 mit Gregor Gysi. Bitte meldet Euch für die Veranstaltung an: veranstaltungen@dielinke-lausitz.
Café Mangold, Cottbus, August-Bebel-Straße, 16 Uhr.

Industriestiftung für Brandenburg!

Die Linke will die Schuldenbremse abschaffen und endlich investieren

Eine Industriestiftung für Brandenburg, das schlägt die LINKE im Brandenburger Landtag vor, erklärte Fraktionschef Sebastian Walter am 21. November. Aktueller Anlass dafür ist die Ankündigung des Reifenherstellers Goodyear, die Produktion in Fürstenwalde in 4 Jahren einzustellen. Aber auch generell will DIE LINKE, dass es eine breite industrielle Basis in Brandenburg gibt, „und sich das Land nicht nur abhängig von Tesla macht“, meint Walter.

Mit einer Stiftung könne zum Beispiel auch gesichert werden, dass das PCK in Schwedt für die Zukunft umgebaut werde. „Es kann nicht so weiter gehen, dass die Kosten von Strukturanpassungen der Wirtschaft die Allgemeinheit bezahlt, die darauffolgenden Gewinne aber privatisiert bleiben“, machte Sebastian Walter deutlich. „Natürlich geht es um die Frage: Wem gehören die Produktionsmittel“, erläuterte Walter ein Gesellschaftsverständnis, das darauf abzielt, Beschäftigte sowie die Entwicklung der Regionen und der Umwelt in den Mittelpunkt zu stellen.

Diese Idee ist nicht neu. Im Saarland gibt es zum Beispiel seit 2001 die Montan-Stiftung Saar. Dort brachte das Saarland seine im Landesbesitz befindlichen Anteile an Stahlwerken ein. Seitdem hält die Stiftung über eine 100%ige Tochter Mehrheitsbeteiligungen an den beiden saarländischen Stahlherstellern. Über weitere Beteiligungen hat die Stiftung faktisch die Kont-

rolle über die saarländische Stahlindustrie, sie gehört sich faktisch selbst, unterstützt Wissenschaft und Forschung, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Fortbildung. „Eine solche Konstruktion, die die Selbstständigkeit von Unternehmensführungen beibehält, aber dennoch gesellschaftlichen Einfluss sichert, ist ein Kompromissvorschlag, dem auch die SPD und die Grünen in Brandenburg folgen könnten“, erklärt Sebastian Walter den Vorstoß seiner Fraktion. Denn gerade nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, wonach die Bundesregierung 60 Milliarden Euro aus dem „Corona-Notlage-Fonds“ nicht hätte für andere Projekte verplanen dürfen, sei es nötig, neue Lösungen zu finden. „Wir fordern die Landesregierung auf, für Brandenburg die Notlage zu erklären, wie es auch Schleswig-Holstein bereits plant, um die Gelder für den Strukturwandel zu sichern“, erklärt Walter. Denn nach dem Urteil sei nicht sicher, dass die Gelder für den Strukturwandel in der Lausitz, für das PCK in Schwedt oder den Schienenausbau vom Bund kommen.

„Wir wollen, dass die 2009 unter CDU-Führung ins Grundgesetz aufgenommene Schuldenbremse abgeschafft wird, damit Deutschland wieder investieren kann“, erklärt der LINKEN-Politiker. Allerdings seien dafür nur mittelfristig Mehrheiten zu finden.

Redaktion Offene Worte

Liebe Eltern, liebe Kinder und Jugendliche, liebe betroffene Familien, sehr geehrte Behindertenbeauftragten der Kommunen und Vertreter*innen kommunaler Behindertenbeiräte, wir möchten Sie herzlich in den Landtag Brandenburg einladen.

Es ist uns wichtig Sie zu hören: Ihre Geschichten, Ihre Erfahrungen und Perspektiven sowie Ihre Vorschläge, wie wir Inklusion und vor allem die Rechte und Bedürfnisse von betroffenen Kindern und Jugendlichen und deren Familien stärker in den Fokus der Landespolitik rücken.

Wir würden uns sehr freuen, Sie am 2. Dezember von 10 bis 13 Uhr im Landtag (Potsdam, Alter Markt 1) begrüßen zu dürfen.

Für Getränke und einen kleinen Snack zu Mittag ist gesorgt. Zugleich sichern wir bei Bedarf eine Kindertagesbetreuung und eine Veranstaltungsbegleitung durch Gebärdendolmetscher*innen ab. die Veranstaltung wird per Video übertragen.

Sie diskutieren mit Kathrin Dannenberg - MdL Linksfraktion, Andreas Büttner - MdL Linksfraktion, Gudrun Obst - Behindertenbeirat Cottbus, Kathrin Krumrey - Kinder und Jugendbeauftragte des Landes Brandenburg, Michael Ranft - Staatssekretär im Ministerium



für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (angefragt)

Themen: Wie gelingt inklusive Bildung und Nachmittagsbetreuung in Brandenburg?: Gesprächsrunde: Eltern fragen, Politik antwortet; Was Brandenburg jetzt tun muss...!?:

Zur Planung des Familienforums bitten wir Sie um Anmeldung unter: veranstaltungen@linksfraktion-brandenburg.de Mehr Infos über den QR Code:



TERMINE

Büroöffnungszeiten

Dienstag - Donnerstag 11 - 16 Uhr
Mittwoch: 11 - 13 Uhr

Soziale Bürgerberatung



jederzeit per E-Mail
info@dielinke-lausitz.de
Tel: 0355 - 22 44 0
im Netz: www.dielinke-lausitz.de

11. Dezember 17 Uhr
„Auf ein Wort“ Bürgersprechstunde
mit der Fraktion der Stadtverordnetenversammlung
Cottbus im Stadthaus

AUSSTELLUNG

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und Christian Görke
MdB präsentieren noch bis Ende Dezember:

TREUHAND SCHICKSAL - SCHICKSALE TREUHAND



Liebe Genossinnen und Genossen,

das Wahljahr 2024 rückt in großen Schritten näher - noch nie wurde eine starke LINKE in Brandenburg so sehr gebraucht wie jetzt. Um mit Euch zu diskutieren, wie wir gemeinsam wieder stark werden können, wie - und mit welchen Schwerpunkten es uns gelingt, möglichst viele Brandenburger:innen von einer Wahl der LINKEN bei allen drei vor uns liegenden Wahlen zu überzeugen, das wollen wir mit Euch diskutieren und laden Euch deshalb herzlich ein zur

Regionalkonferenz am 1. Dezember

17:00 Uhr
„Steinitzhof“
Steinitzer Dorfstraße 1
Drebkau, OT Steinitz

Katharina Slanina

Sebastian Walter
Landesvorsitzende



Krieg im Nahen Osten Hintergründe und die Folgen in unseren Kommunen

Dienstag, 12. Dezember 2023; 18:00 Uhr
Stiftung SPI Mehrgenerationenzentrum „Bergschlösschen“
Bergstraße 11, 03130 Spremberg (Eintritt frei)

kommunalpolitisches
forum



Land Brandenburg e.V.

Der Krieg im Nahen Osten - Hintergründe und die Folgen in unseren Kommunen

Die Veranstaltung befasst sich mit der Lage in Israel und im Nahen Osten und widmet sich dabei u.a. folgenden Fragen:

Wie ist die ökonomische und gesellschaftliche Lage in Israel?

Warum kommt es gerade jetzt zu dieser Gewaltexplosion?

Warum erlangt das Thema in Deutschland und in den anderen westlichen Ländern eine solche Bedeutung?

Referent: Kai Kleinwächter, Wirtschaftswissenschaftler, Dozent und Blogger

Moderation: Elke Franke, DIE LINKE. und Abgeordnete in der SVV Spremberg und im KT Spree-Neiße